

An den Vorsitzenden des
Ausschusses Umwelt und Grün
Herrn Rafael Struwe

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Thomas Hegenbarth

Lisa Gerlach

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 11.03.2019

AN/0320/2019

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Umwelt und Grün	21.03.2019

„Fridays For Future“ – Solidarität mit den Kölner Schüler*innen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Herr Vorsitzender,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der kommenden Sitzung aufzunehmen:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün möge beschließen:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün appelliert an die nordrhein-westfälische Landesregierung, Schüler*innen, die an Demonstrationen im Rahmen der „Fridays for Future“-Bewegung teilnehmen möchten, nicht mit Disziplinarmaßnahmen zu bestrafen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Klima-Notfallplan für die Stadt Köln und Umgebung zu erarbeiten und den Klimanotstand auszurufen. Junge Erwachsene und Jugendliche sollen aktiv an diesem Prozess beteiligt werden. Vorstellbar sind des Weiteren spezielle Angebote im Rahmen des Tags der Jugend oder ein Thementag im Rathaus im Rahmen der Maßnahme „Kommunikations-und Öffentlichkeitsarbeit“ der Beschlussvorlage „Köln KlimaAktiv 2022“.

Begründung:

Am 15.03.2019 rufen junge Menschen in Köln zum Schulstreik im Rahmen von #fridaysforfuture auf, um für einen besseren Klimaschutz zu demonstrieren. Das Engagement ist begrüßenswert und sollte nicht dazu führen, dass Strafen für Schulversäumnisse verhängt werden. Wissenschaftler*innen warnen seit Jahren vor den Folgen des menschengemachten Klimawandels. Die Sorgen und politi-

schen Wünsche der Schüler*innen und Aktivist*innen sollten daher mehr als ernst genommen und ihr politisch-gesellschaftliches Interesse gefördert werden.

Viele Förderprogramme der politischen Ebene, z. B. „Demokratie leben!“, arbeiten seit Jahren daran, dass sich mehr Menschen politisch einbringen und beteiligen. Bestrafungen von Schüler*innen, die genau dies tun, konterkarieren diese Programme.

Den an den Protesten teilnehmenden Schüler*innen ist es ein Anliegen, dass sie den versäumten Unterricht nachholen können. Es wäre daher eine Aufgabe für die Schulen, Ersatzunterricht zu ermöglichen. Aufgrund des Schüler*innenstreiks erklärten in den vergangenen Wochen Städte wie London, Vancouver, Basel und Los Angeles den Klimanotstand und damit, die Eindämmung des Klimawandels als prioritär anzuerkennen.

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach